

CHRISTLICH-SOZIALE BÜRGER COBURG E.V.

Nominierungsversammlung für den OB-Kandidaten zu den
Kommunalwahlen 2020

Vorstellungsrede des Bewerbers

Christian Müller



Sperrfrist: 22.10.2019 – 19.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Verantwortung tragen.

Für unsere Heimat!

Anrede,

unsere Heimatstadt Coburg steht vor einer wichtigen Weichenstellung. Diese Stadt wird sich neu aufstellen, sie muss sich neu aufstellen, nachdem der amtierende Oberbürgermeister nicht mehr weitermachen will. Am 15. März 2020 entscheiden unsere Mitbürger darüber, wer künftig auf dem Chefsessel des Rathauses Platz nimmt.

Wir als Christlich-Soziale Bürger Coburg haben in den vergangenen 12 Jahren seit unserer Gründung stetig für diese Stadt gearbeitet und waren immer bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir haben als Wählergruppe und als Stadtratsfraktion neue Ideen entwickelt und im Stadtrat für deren Umsetzung gekämpft. Wir sind ein anerkannter Akteur der Stadtpolitik.

Für wen arbeiten wir? Im Mittelpunkt aller unserer Entscheidungen stehen die Coburgerinnen und Coburger, egal ob jung oder alt, arm oder reich, stark oder schwach. Alle Menschen in dieser Stadt verdienen unsere Aufmerksamkeit.

In dieser Stadt leben wir zusammen. Junge Menschen wachsen auf, sie werden ausgebildet, arbeiten und

versorgen sich, später gründen sie eine Familie, sie wollen wohnen, nehmen am öffentlichen Leben teil, gehen ins Theater, werden auch mal krank, sie werden älter. Sie wollen sich sicher und wohl fühlen in unserer Stadt. Sie wollen keine Angst vor der Zukunft haben.

Die Kommunalpolitik gestaltet ihr Lebensumfeld. Vor Ort – in der Kommune spüren die Menschen die praktischen Auswirkungen von Politik ganz unmittelbar. Hier können wir manches erreichen, woran sich die große Politik die Zähne ausbeißt.

In Coburg hat sich eine besondere Kultur der öffentlichen Begleitung der Stadtpolitik und einer kritischen Auseinandersetzung mit ihr entwickelt. Das macht den Charme unserer städtischen Politik aus, damit muss man als Kommunalpolitiker umgehen wollen und können. Denn es geht nicht um den Vollzug von irgendwelchen gesetzlichen Mindestanforderungen einer Bürgerbeteiligung – es geht um viel mehr, nämlich darum, die Zuneigung der Coburger zu neuen Entwicklungen oder zu einzelnen Projekten zu gewinnen. Dafür muss man als Kommunalpolitiker werben, Gespräche führen, erklären und die Meinung der Bürger ernst nehmen.

In diesem Sinne wollen wir als CSB politische Entwicklungen und Entscheidungsfindungen transparenter machen. Die Inhalte der politischen Arbeit im Stadtrat müssen der Öffentlichkeit deutlicher und früher dargestellt

werden. Die Ideen aller interessierten Bürger müssen eingebunden werden. Dazu haben wir bereits einen Stadtratsantrag gestellt. Den Bürgern zu erklären, was man tut und warum man es tut, gehört zur Verantwortung aller Stadträte und im Besonderen zu den Pflichten des Oberbürgermeisters.

Diese Stadt braucht einen Oberbürgermeister, der Kommunalpolitik nicht nur moderiert. Der Oberbürgermeister muss aktuelle Probleme frühzeitig erkennen und weit gesetzte Perspektiven für die Zukunft haben. Er muss Zusammenhänge erklären, richtige Lösungen finden, dafür werben und schließlich Entscheidungen treffen, die nachvollziehbar sind. Der Oberbürgermeister muss diese Stadt führen.

Der nächste Oberbürgermeister steht diesmal vor besonderen Herausforderungen. Ihr werdet heute einen Oberbürgermeisterkandidaten auf den Weg schicken, der in den nächsten Monaten die Coburger davon überzeugen soll, dass diese Stadt mit den Christlich-Sozialen Bürgern auf dem richtigen, auf dem besten Weg ist. Ich werbe um Eure Nominierung, ich möchte ab dem nächsten Jahr der Oberbürgermeister von Coburg sein! Ich will in diesem Amt all meine Erfahrung aus der langjährigen Stadtratsarbeit und auch mein Wissen aus meinem beruflichen Leben einbringen. Denn ich will den Menschen in Coburg keine wohlklingenden Versprechungen machen, die ich nie erfüllen kann, sondern ich will mit politischer und fachlicher

Kompetenz an die Probleme und Aufgaben der Stadt Coburg herangehen und für sie nachhaltige Lösungen finden. Das aber bedeutet für mich nichts anderes als mit ganzer Kraft für das Wohl unserer Mitbürger zu arbeiten.

Heute ist nicht der Tag, um zurückzublicken. Heute stellen wir uns auf, um unseren Mitbürgern ein personelles Angebot für die Zukunft zu machen. Zu meiner Person muss ich wohl in diesem Kreis wenig sagen, Ihr kennt mich alle. Ich will Kernpunkte der künftigen Arbeit vorstellen. Was will ich erreichen?

Wir wollen eine zeitgemäße Familienpolitik. „Coburg die Familienstadt“ darf nicht nur ein Motto sein, das sich die Verwaltung gegeben hat. Als moderne Stadt bieten wir unseren Familien eine geradezu vorbildliche Kinderbetreuungslandschaft an. Wir achten auf eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen und inhaltliche Vielfalt. In Coburg gibt es ein tolles Angebot. Als Vater weiß ich um die Bedeutung des Kindergartens für die Entwicklung unserer Kinder. Der Kindergartenbesuch gehört heute zur erzieherischen Grundversorgung und Vorbereitung auf das Schulleben. Umso unverständlicher ist es, dass Eltern für den Besuch des Kindergartens einen finanziellen Beitrag leisten müssen. Schule und Berufsausbildung kosten schließlich auch nichts. Wir haben bereits den Antrag gestellt, dass die Stadt Coburg die restlichen Kindergartenbeiträge übernimmt. Diese Förderung der Entwicklung unserer Kinder muss uns als Stadt den

entsprechenden Aufwand wert sein. Selbst wenn das eine freiwillige Leistung der Kommune ist, es ist jedenfalls eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe. Wenn und solange sie nicht der Freistaat Bayern leistet, müssen wir eben vor Ort einspringen. Die Stadt Coburg als steuerstärkste Gemeinde in ganz Bayern kann und soll sich das leisten.

Wir wollen neuen Wohnraum schaffen. Das geht in der Innenstadt im Rahmen der Stadtsanierung. Die Ketschenvorstadt ist ein gutes Beispiel. In der Steinwegvorstadt kann ein Umbau des Stadtviertels städtisches Wohnen für jung und alt ermöglichen. Mit unserer Wohnungsbaugesellschaft kann dort Wohnraum geschaffen oder reaktiviert werden, auch in neuartigen Wohnformen. Dort müssen wir aber auch beachten, dass sich hier eine Ausgehlandschaft entwickelt hat, die – trotz mancher unschöner Vorkommnisse – gerade für die jüngeren Coburger zur Attraktivität unserer Stadt beiträgt. Diese „Kneipenmeile“ ist es wert, erhalten zu bleiben. Dieser Teil unserer Altstadt ist reizvoll in vielerlei Hinsicht.

Es gilt aber auch, in Coburg den Respekt für die Lebensleistung der älteren Generation in tatkräftige Politik umzusetzen. Eine solche Politik darf nicht nur eine gute Idee bleiben, sie muss auch zu ganz konkreten Erfolgen durch entsprechende Angebote organisierter Hilfe und durch eine zeitgemäße Pflegelandschaft führen. Hier steht zum Beispiel eine Entwicklung am Postgelände an. Dieses Projekt für Senioren ist vorrangig zu fördern.

Eines der schönsten Häuser Coburgs, es gehört dem Freistaat Bayern, ist unser Landestheater. Dieses Landestheater gehört zu Coburg wie Bratwurst und Klöße. Es stiftet Identität und strahlt weit über Coburg hinaus. Die Zukunftssicherung für das Theater ist eine große Verantwortung. Wir alle wissen, es ist sanierungsbedürftig. Hier sind wir in den vergangenen Jahren in den Verhandlungen mit dem Staat aber auch bei der eigenen Entscheidungsfindung schon ein gutes Stück vorangekommen. Coburg ist eine Theaterstadt, mit dem Globe werden wir eine gute Übergangsspielstätte zur Verfügung stellen und anschließend eine tolle Veranstaltungslocation für viele Zwecke haben. Doch zur Realisierung selbst sind noch viele weitere Schritte erforderlich. Die Maßnahmen sind konsequent und mit aller Nachdrücklichkeit voranzubringen, da darf man nicht locker lassen. So bedarf es etwa für das große Haus weiterer Verhandlungen bezüglich der Details, beispielsweise des konkreten endgültigen Raumprogramms und auch des endgültigen Umfangs von Erweiterungsmaßnahmen. Diese Verhandlungen sind für die Stadt mit dem Freistaat Bayern, dem Bauherrn, in den Ministerien und Behörden zu führen. Der Oberbürgermeister muss ein beharrlicher Interessenvertreter für unser Theater sein, aber auch ein verlässlicher Partner für den Staat.

Ich habe das Globe genannt. Das führt mich zum ehemaligen Güterbahnhof. Hier wurden vom ganzen

Stadtrat Ideen und Konzepte gemeinsam erarbeitet und fortentwickelt. Diese Entwicklung dauert an, sie ist dynamisch. War der erste Ansatz noch kreativ und technisch, wurde das Gebiet inzwischen auch für Kultur und Events entdeckt und vorangebracht. Dies weiter umzusetzen ist Aufgabe der nächsten Jahre.

Wir haben eine große Verantwortung auch für das gesamtgesellschaftlich relevante Thema des Klimaschutzes. Die Forderungen von Fridays for Future national und lokal sind für manchen radikal und gehen in ihrer Absolutheit zu weit. Es prallen Ideologien aufeinander, Fridays for Hubraum als Gegenbewegung war da nur eine Frage der Zeit.

In Coburg können hier viel tun. Es ist meines Erachtens sogar gerade Aufgabe einer Stadt, durch Maßnahmen vor Ort den Menschen zu zeigen, Klimaschutz ist in allen Bereichen notwendig. Klimaschutz geht und tut gar nicht so weh. Maßnahmen sind zu koordinieren und es ist auf einen ganzheitlichen Ansatz zu achten. Wir dürfen auch hier nicht vergessen, die Bürger mitzunehmen, Ängste – berechnete Ängste – aufzunehmen, verschiedene Interessen zu erfassen und Zielkonflikte aufzuzeigen und zu lösen.

Wir können auf vielen Feldern handeln, auf manchen mehr, auf anderen weniger. CO2 interessiert sich nicht für kommunale Grenzen. Coburg ist als Industriestandort auch für arbeitende Menschen bedeutsam, die nicht in der Stadt

wohnen. Coburg ist als Handelsstandort auch für kaufinteressierte Menschen bedeutsam, die nicht in der Stadt wohnen. In einem Oberzentrum lässt sich beim CO₂-Ausstoß von Industrie und Verkehr weniger erreichen. Dies ist unserer Bedeutung in der Region geschuldet. Die Menschen wollen und müssen ihren Lebensunterhalt verdienen; wir wollen Menschen in der Stadt haben, die hier einkaufen und konsumieren. Also muss man auf diesem Feld regional denken und handeln. Den Schadstoffausstoß im regionalen Umfang zu betrachten, kommt man nicht umhin. Für die Verkehrsverbindungen, die Menschen aus dem Umland zum Arbeiten, Einkaufen und für Freizeitbeschäftigungen in die Stadt bringen, können wir den Stellenwert des Autos nur in Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verändern.

Es reicht für die Stadt nicht aus, nur auf Industrie und Verkehr zu achten. So haben wir zum Beispiel im Hinblick auf den Hausbrand die Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme noch längst nicht ausgereizt. Da kann in Abstimmung mit unseren Städtischen Werken viel weiteres Potential gehoben werden.

Ich will mich nicht vor schwierigen Themen drücken. Plötzlich ist über die Kommunalpolitik Coburgs eine katastrophale Sachlage in einem zentralen Bereich des Lebens hereingebrochen – als Stichwort gefasst: Regiomed. Ihr konntet viel in der Presse verfolgen. Wähten sich bis vor Kurzem noch alle in der Gesundheitsvorsorge für diese

Region in sicherem Fahrwasser, so hatte sich tatsächlich ein großes Ungemach und eine ernste Herausforderung für die Zukunft entwickelt. Der Coburger Stadtrat und die Kreistage der beteiligten Körperschaften waren angesichts der geschaffenen Organisationsstrukturen weitgehend außen vor. Die gesellschaftsrechtliche Aufsicht über das operative Geschäft lag bei den Stadt- und Kreischefs. Diese haben sich offensichtlich zu sehr auf die falschen Leute verlassen und so ist der Karren an die Wand gefahren. Aufstehen, Krönchen richten, weiter so? So wird es nicht gehen. Aber einfache Lösungen? Die wird es auch nicht geben. Was kann also getan werden?

Ein Krankenhaus brauchen wir, die Versorgung der Heimat ist erforderlich. Die regionale Idee war richtig, an ihrer Umsetzung hat es gehapert. Scheitert der regionale Verbund, so stehen private Klinikbetreiber gerne bereit, um die Häuser zu übernehmen. Welche nachteiligen Folgen das dann vor Ort und für Patienten und Beschäftigte haben kann, sehen wir andernorts. Ich halte Privatisierung an dieser Stelle nicht für die Lösung. Wir haben Verantwortung für die Allgemeinheit. Die öffentliche Trägerschaft ist dabei kein angestaubtes Modell, sondern kann zeitgemäß gestaltet werden. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, es lohnt sich, mit den Partnern in der Region die Idee weiter zu leben, zu fördern und auszubauen.

Dazu müssen in der organisatorischen Struktur beim Klinikverbund einige Geburtsfehler korrigiert werden. Die

kommunalen Eigentümer haben ihr Unternehmen mit dem erforderlichen Kapital auszustatten, das Stammkapital ist signifikant zu erhöhen. Für eine effektive Steuerung und Kontrolle sind die Wege der Entscheidungsfindung und die Gremienarbeit neu zu organisieren. Ein bisschen Kosmetik reicht nicht aus.

Der neue Hauptgeschäftsführer hat durch seine Ehrlichkeit, Offenheit, sein Engagement und seine ersten Maßnahmen bislang einen guten Eindruck hinterlassen. Er muss gestützt und von der politischen Spitze in seiner Arbeit begleitet werden, mit dem Landkreis sind die gemeinsamen Interessen abzustimmen und einzubringen, mit den Partnern muss am regionalen Bewusstsein gearbeitet werden.

Wenn sich die Stadt Coburg an einem solchen wichtigen Unternehmen beteiligt, dann muss sich der Oberbürgermeister auch persönlich darum kümmern. Ich werde den Betrieb im Auge behalten.

Schließlich steht für den Klinikstandort Coburg die nächste Herausforderung bereits an – Sanierung in der Ketschendorfer Straße oder Neubau auf dem BGS-Gelände. Ich halte einen Neubau für die beste Lösung. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen.

Wir haben über Regiomed hinaus viele Berührungspunkte und viele gemeinsame Interessen mit unseren Nachbarn in

der Region. Der Oberbürgermeister ist in der Verantwortung, auch für die Zukunft unserer Region neues Bewusstsein zu schaffen, regionale Ziele mit den Nachbarn zu erarbeiten und gemeinsames Handeln voranzubringen.

Gleichermaßen ist der Oberbürgermeister aber auch in der Verantwortung, für das Wohl unserer Stadt im Blick auf ihr wirtschaftliches Gedeihen zu sorgen. Politik und Wirtschaft vertrauensvoll miteinander umgehen. Hier hat es kürzlich erneut – sagen wir mal - Misstöne gegeben. Das muss nicht sein, ich sage, das darf so nicht sein. Der Umgang zwischen politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträgern muss von gegenseitigem Respekt geprägt sein. Beide Seiten tragen Verantwortung für das Gemeinwesen, die eine durch Wahl und damit demokratische Legitimation, die andere durch ihre Bedeutung für Arbeitsplätze und Steuerkraft. Beide haben dabei doch ein gemeinsames Ziel, nämlich eine gedeihliche Entwicklung von Wohlstand und Wohlfahrt für alle in ihrem Einzugsbereich. Dazu brauchen beide Seiten einander. Es ist die Verantwortung des Oberbürgermeisters, hier ein fairer und geachteter Gesprächspartner zu sein.

Dank unserer erfolgreichen Unternehmen haben wir im Moment noch eine gute Einnahmesituation. Das ist nicht selbstverständlich und darf nicht dauerhaft erwartet werden. Die Nachrichten der letzten Tage über den Abbau von Arbeitsplätzen in der Firma Brose verunsichern nicht nur verständlicherweise die konkret vom Arbeitsplatzverlust

bedrohten Menschen. Auch die Finanzen der Stadt Coburg werden von einem Einnahmerückgang bedroht. In der Haushaltspolitik gilt es daher, weiterhin Disziplin zu halten. Ausgaben und Investitionen sind stets nach ihrer Relevanz für die Zukunft unserer Stadt zu betrachten. Ich werde deshalb dafür Sorge tragen, dass die wichtigsten Maßnahmen benannt und mit den voraussichtlich notwendigen Haushaltsmitteln versehen werden.

In Coburg gibt es viele Ideen, oft sind es aber nur Einzelmaßnahmen. In letzter Zeit fallen zu manchen Anträgen Stadtratsbeschlüsse, welche eine Struktur größerer Ordnung, einen Blick auf das Ganze vermissen lassen. Vieles bleibt Stückwerk oder wird nicht zu Ende gedacht oder gebracht.

Wir brauchen eine Stadtführung, die wieder dafür Sorge trägt, dass Zusammenhänge und langfristige Perspektiven gesehen werden – eine Stadtführung also, die Themen zusammenführt, die Vorschläge auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragt sowie in offener Diskussion Zielkonflikte aufzeigt, die abwägt, die Lösungen vorschlägt und verwirklicht. So geht Politik. Man muss den Menschen die Dinge erklären und sie in die Entscheidungsfindung einbinden. Denn Politik geht nur, wenn sie dem Menschen dient.

Ich bin bereit, die große Verantwortung eines Oberbürgermeisters zu tragen und dem Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt zu dienen!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.